

## Bürger machen Staat

Die ehrenamtlichen Tätigkeiten boomen, weil Millionen Menschen in Deutschland sich engagieren. Freiwillige übernehmen zunehmend auch Aufgaben der Daseinsfürsorge, die eigentlich dem Staat zugerechnet werden.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine zentrale Säule unserer Demokratie und unverzichtbar, konstatiert der Vorsitzende des Seniorenbeirats Raphael Eckhard. Ohne all die ehrenamtlich Tätigen würde unsere Gesellschaft wie ein Kartenhaus zusammenbrechen und nicht funktionieren. Ob im sozialen Bereich, Kommunalpolitik, Naturschutz, Kultur, Feuerwehr, Vereinen, Flüchtlingshilfe oder Integration. Ehrenamtliche Menschen packen an, sind findig und entschlossen. Gleichzeitig treiben sie die gesellschaftliche Entwicklung voran. Seit dem Anfang des bürgerschaftliches Engagements Ende des 18. Jahrhunderts war das Wirken geprägt als „Innovationstreiber“ indem gesellschaftliche Lücken aufgespürt, überkommene Strukturen und Ordnungen verbessert bzw. auf Veränderungen hingewirkt wurde. Bürgerschaftliche Initiativen haben dafür gesorgt, dass Themen wie Armut, der Umgang mit dem Sterben, Naturschutz, Denkmalschutz, Energiewende, Gleichberechtigung, Einsamkeit und vieles mehr überhaupt erst gesellschaftlich breit debattiert werden. Das ist ein nicht zu unterschätzender Mehrwert, der bei der Betrachtung des Ehrenamts häufig zu kurz kommt, ist Eckhard überzeugt.

Ehrenamtliches Engagement erwies und erweist sich weiterhin als wichtige Säule für die Demokratie, weil hier die Übernahme von Verantwortung und Toleranz benötigt und eingeübt werden. Ebenso die ehrenamtlichen Erfahrungen mit politischer Relevanz. Im Ehrenamt kann man Erfüllung, Sinnstiftung, Zufriedenheit, ja sogar Lebensglück finden, alles Aspekte für den Dienst an der Gemeinschaft und gleichzeitig sind diese Menschen weniger anfällig für Radikalisierung.

Sinnstiftung und Zufriedenheit kommen allerdings schnell an Ihr Ende, wenn Freiwillige den Eindruck gewinnen, als Lückenbüßer einspringen zu müssen, weil der Staat sich aus seiner Verpflichtung für die Daseinsvorsorge zurückzieht. Der Staat trägt nicht für alle damit verbundenen Aufgaben Verantwortung. Es gerät etwas ins Rutschen, wenn Menschen auf dem Land mit Bürgerbussen und ehrenamtlichen Fahrdiensten für Senioren ausgleichen sollen, wenn keine ausreichenden ÖPNV-Anbindung existiert, die Versorgung und Pflege der nächsten Angehörigen zu Hause bzw. vor Ort nicht möglich ist. Oder die Tafeln immer lauter warnen, dass sie in Zeiten wachsender Armut des Andrangs nicht mehr Herr werden und der Staat seine Unterstützungsleistungen nicht ausreichend gewährleistet. Die Herausforderungen sind vielfältig und verstärkt sich zusätzlich durch den demografischen Wandel. Überholte Mechanismen führen teilweise dazu, dass Freiwillige sich eher als Handlanger denn als Kooperationspartner fühlen. Dies ist aus Sicht des Seniorenbeirats dauerhaft nicht förderlich. Gleichzeitig sind die Kommunen gehalten, den Erfordernissen staatlichen Verwaltungshandeln gerecht zu werden. Die Lage der gesellschaftlichen Anforderungen ist kompliziert. Dies verlangt allen Beteiligten viel ab und Kompromisse sollten immer generationsgerechte Lösungen beinhalten.

Die kommunale Ebene braucht eine angemessene finanzielle Ausstattung, die es erlaubt, ausreichendes und entsprechend qualifiziertes Personal einzustellen. Dieses sollte die Zusammenarbeit der vielen Ehrenamtlern unterstützen und diese von vermeidbaren Belastungen entlasten. Dafür sind Strukturfördermittel nach Überzeugung des Seniorenbeirats nach Bedarf und nicht nach Einwohnerzahl sinnvoll. Dass Bürger freiwillig für Bürger eintreten, festigt unser Zusammenleben. Initiativen und Vereine brauchen dafür unabhängig vom Staat Austausch und Vernetzung. Damit die Zahl der Menschen in unserer Stadt, die ihr Engagement und ihre Zeit unentgeltlich einbringen, nicht abnimmt, so der Vorsitzende Raphael Eckhard.